

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Der Durchbruch zur Aktiengesellschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1988) : Der Durchbruch zur Aktiengesellschaft, In: Dirk Hofmann, Jürgen Kocka, Bernd Mütter (Ed.): Industrialisierung, sozialer Wandel, soziale Frage: Quellen- und Arbeitsbuch für den Sekundarbereich II, ISBN 3-7627-6209-0, Bayerischer Schulbuch-Verlag, München, pp. 52-54

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112451>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

7. Der Durchbruch zur Aktiengesellschaft (Jürgen Kocka)

Die anonyme, großbetriebliche und zukunftssträchtige Alternative zur Lösung des Kapitalknappheitsproblems war die Aktiengesellschaft, die bekanntlich in der deutschen Industrialisierung früh eine größere Rolle spielte als in der englischen. Die Institution der Aktiengesellschaft limitierte das Risiko für den einzelnen Investor und beseitigte damit eine gewichtige Schranke privater Investitionstätigkeit; sie erleichterte die Sammlung und Investition kleiner Beträge und erschloß damit weitgestreute Ersparnisse; sie lockerte die enge geographische und persönliche Koppelung zwischen der Verteilung der Geldfonds und der Verteilung der unternehmerischen Möglichkeiten. Die Aktiengesellschaft schuf außerdem eine Reihe von Mechanismen, die die Investitionen für den Privatmann kalkulierbarer und damit attraktiver machten; sie ermöglichten – in zunehmender Weise – die Zwischenschaltung einer in der Regel sachkundigen, vertrauenswürdigen Instanz, der Ersparnisse sammelnden und Investitionen plzierenden Bank; sie brachte – in einer bis 1870 abnehmenden, dann bald wieder zunehmenden Weise – einige öffentliche Kontrollen, die das Risiko des privaten Investors etwas einschränkten. Die Aktiengesellschaft war insofern zusammen mit der Investitionen tätigen Bank ein mächtiger Mechanismus, um die von sich aus nicht in industrielle Anlagen drängenden Ersparnisse in die kapitalbedürftige Industrie zu ziehen.

Als Instrument der Kapitalmobilisierung in einem Land, das auch hinsichtlich der Verfügbarkeit von Kapital rückständig war, als Entwicklungsinstrument sozusagen, wurde die AG schon in den 40er Jahren von kaufmännisch orientierten, großzügigen Vielfach-Unternehmern . . . gewünscht und gefordert. Jedoch setzte sich die Aktiengesellschaft im industriellen Bereich vor 1850 nur langsam durch. Das unentwickelte Gesellschaftsrecht und insbesondere das Konzessionswesen erlaubten es den staatlichen Behörden, eine schnellere Gründung der Gesellschaften zu verhindern. Die Zahl der Gründungsanträge überstieg die Zahl der gewährten Konzessionen. Die Bürokratie verfolgte die Ansammlung privater Vermögen und Macht mit Mißtrauen; sie fürchtete überdies, daß allzu rasch ansteigende Investitionen im Industriebereich eine Verletzung von Großgrundbesitzerinteressen bedeuten würden. Der wirtschaftsliberale Zeitgeist, der die Verwaltung und Teile der Öffentlichkeit prägte, räumte außerdem den Aktiengesellschaften nur eine sehr marginale Ausnahmerolle ein, indem er sie als monopolartige Ausnahmeregelungen nur in bestimmten Fällen zu akzeptieren bereit war, in denen der freie Wettbewerb ohne konzessionierte Aktiengesellschaften nicht zu den gewünschten Zielen führte. Auch viele Unternehmer, die auf persönliche Verantwortung des Eigentümer-Unternehmers und persönlich vermittelte Finanzierungsmethoden schworen, standen der AG, ihren Finanzierungspraktiken und ihren leitenden Angestellten noch lange mit großer Reserve gegenüber. Schließlich war auch – neben der allgemeinen industriellen Unreife der Zeit – das Mißtrauen des breiten Publikums ein stark hemmender Faktor, bis das neue Instrument seit Mitte der 30er Jahre zur Finanzierung des massenhaften Kapitalbedarfs der Eisenbahnen benutzt wurde und sich dadurch in der öffentlichen Meinung – u.a. mit Hilfe staatlicher Zinsgarantien – etablierte. Immerhin: bis 1850 wurden insgesamt mindestens 33 Millionen Taler (oder ca. 15% des gesamten bis dahin investierten Aktienkapitals) in Aktiengesellschaften des Industriebereichs investiert, davon mehr als 28 Millionen in die 21 Aktiengesellschaften des Montanbereichs.

Nur im Bergbau, dessen Kapitalbedarf nach dem Übergang vom Stollen- zum Schachtbau (seit den 1830er Jahren) stark gestiegen war, und in der Hüttenindustrie spielte die Kapital-

gesellschaft bereits eine größere Rolle. Reine Hütten benötigten im fünften Jahrzehnt 200 000 bis 300 000, reine Zechen 500 000 bis 750 000 und gemischte Hochofen- und Puddelwerke benötigten 1 Million Taler und mehr als Grundkapital. Dies überstieg die Finanzkraft fast jeder einzelnen Familie . . .

Ansonsten blieb die Aktiengesellschaft vereinzelt, ihre Ausformung im Übergang. Die Statuten früher Aktiengesellschaften wichen stark voneinander ab. Manche von ihnen bestimmten, daß nur Aktionäre die Verwaltung führen durften; die Trennung von Besitz und Kontrolle setzte sich also außerhalb des Bergbaus nur langsam durch. Eine völlige Anonymisierung des Kapitalmarkts trat noch nicht ein. Ohne Verkauf an der Börse blieb die Verteilung der Aktien und damit die Finanzierung der Aktiengesellschaften noch sehr stark an persönliche Beziehungen gebunden; man sah sich den Aktionär meist noch sehr genau an, ob man ihn als Teilhaber wollte. So konnte die Gesellschaft in einigen Fällen beim Tode eines Aktionärs dessen Aktienanteil einziehen, falls sie den Erben als Nachfolger nicht wünschte. Auch erhielten keineswegs alle Aktionäre das gleiche Stimmrecht. Örtliches Kapital überwog; es war in der Regel auf einen kleinen überschaubaren Kreis von einander kennenden Personen verteilt (Kaufleute, Bankiers, Fabrikanten, aber auch schon Militärs, Beamte, Rentiers und andere Bürger). Häufig wurde eine bestimmte Dividende garantiert; darin spiegelte sich der Übergang von dem festverzinslichen Darlehen zur Aktie als Risikopapier. Einige Statuten begrenzten die Lebensdauer der neugegründeten Aktiengesellschaften im voraus und sahen vor, höhere Gewinne zur Einlösung der Aktien zum Nominalbetrag durch Verlosung zu benutzen. So sollte ein Aktionär nach dem anderen allmählich wieder ausscheiden – bis auf die ursprüngliche Besitzerfamilie, die aufgrund Kapitalmangels sich zur Umorganisation in Form der Aktiengesellschaft hatte entschließen müssen. In solchen Fällen war die AG ganz eindeutig ein Übergangsbefehl. Nur allmählich tastete man sich an die neue Form heran. Der Antrieb der Suche war Kapitalbedarf, jeder Schritt eine kleine Innovation.

Von 1850 bis 1870 nahm das im industriellen Bereich Preußens investierte Aktienkapital auf ca. 165 Millionen Taler zu. Weiterhin machte dies nur 15 bis 16% des in der gesamten preußischen Wirtschaft investierten Aktienkapitals aus, da der gedeckte Kapitalbedarf der Eisenbahnen im selben Zeitraum anteilig noch schneller stieg. Erst 1870 bis 1874 kam für das Industrie-Aktienkapital der große Sprung. In diesen fünf Jahren belief sich das in Industriegesellschaften investierte Kapital auf knapp 343 Millionen Taler oder 28% des in diesem Zeitraum investierten Gesamtaktienkapitals. Die Investitionen in Aktiengesellschaften des Industriebereichs waren in diesen fünf Jahren mehr als doppelt so hoch wie die entsprechende Zahl für alle Jahre bis 1870 zusammen. Während 1850 bis 1870 noch 69% des gesamten im Industriebereich investierten Aktienkapitals auf den Montanbereich, 16% auf die Textilindustrie, 8,5% auf die Metallverarbeitung einschließlich Maschinenbau, 5% auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und 2% auf die Chemie entfielen, betrug dieselben Anteile für 1870 bis 1874: 38%, 6,5%, 22,5%, 16% und 4,5%.

Deutlich wird an diesen Zahlen sichtbar, daß die starke Übergewichtigkeit des Montanbereichs bei der Durchsetzung der Aktiengesellschaft in der Industrie erst um 1870 zurückging. In den 50er oder 60er Jahren waren Bergbau, Eisen und Stahl noch die Avantgarde der Aktiengesellschaftsform im industriellen Bereich. Zu einem großen Prozentsatz resultierte die Zunahme des Aktienkapitals aus der Umgründung bestehender Unternehmen, die sich derart die Möglichkeiten zur Adoption der schnell fortschreitenden Technik und zur gewünschten Erweiterung schufen. Eindeutig löste sich die Aktie von der Person des Inhabers, ihre Anonymität setzte sich durch. Seit Mitte der 50er Jahre führten die Kölner

und Berliner Börsen rheinisch-westfälische Montanaktien; seit derselben Zeit gab es Kursnotierungen in den Zeitungen. Der allgemeine Verkauf von Industrieaktien wurde allerdings erst seit etwa 1870 üblich. Öffentliche Kapitalwerbung und Prospekte wurden im Montanbereich seit den 1850er Jahren üblich. Wie im Eisenbahnbau zuvor, doch ohne die dort sehr effektive staatliche Kontrolle, setzte sich eine relativ breite Streuung des Aktienbesitzes durch. Außerpreußisches Kapital (z.T. aus Frankreich und Belgien) beteiligte sich an den Gründungen der 50er Jahre – an den rheinisch-westfälischen Montangesellschaften in der Höhe von durchschnittlich einem Drittel des effektiv eingezahlten Kapitals. Ein überregionaler, z.T. schon internationaler Kapitalmarkt war entstanden.

Jürgen Kocka: Unternehmer in der deutschen Industrialisierung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1975, S. 68–72